

„Entschwärzte“ Corona-Protokolle belegen massiven Druck auf das RKI

Nach FOCUS-Informationen wurde neben dem Institut auch die Ständige Impfkommission bedrängt

FOCUS Magazin · 26 Juli 2024

Die Protokolle der Sitzungen des Robert Koch-Instituts (RKI) zur Coronapandemiekrise liegen inzwischen vollständig ohne Schwärzungen vor. An mehreren Stellen zeigen sie, wie die Politik die fachliche Expertise in Richtung schärferer Maßnahmen zu lenken versuchte. Am Dienstag stellte eine Gruppe um Journalisten und „Coronakritische“ Aktivisten mehrere Tausend Seiten zu den Beratungen zwischen Januar 2020 und Juni 2023 unter rki-transparenzbericht.de ins Internet. An einigen Stellen erörtern RKI-Mitarbeiter, ob sie „Weisungen“ aus dem übergeordneten Bundesministerium für Gesundheit nachkommen müssen. Letztlich bejahen sie das.



Ein unabhängiger Experte wie der Bonner Virologieprofessor Hendrik Streeck rechnet dieses „Ringens“ dem RKI hoch an. „Es spricht für das Institut, dass es mit der politischen Linie Probleme hatte“, so Streeck zum FOCUS. Nach April 2020, als die Eigenschaften des Virus klar geworden seien und die ersten Abwehrmaßnahmen Wirkung gezeigt hätten, „hätte man in Ruhe über die verschiedenen Möglichkeiten nachdenken können“. Streeck sieht etwa die ausgedehnten Schulschließungen als nicht so notwendig an, wie es Regierungspolitiker darstellten. Daran kamen den Protokollen zufolge auch im RKI Zweifel auf. Auch der späteren Debatte um den „Genesenenstatus“ habe die fachliche Grundlage gefehlt. Das RKI legte Anfang 2022 fest, dass geimpfte Menschen sechs Monate geschützt seien (und sich freier bewegen durften), ungeimpfte nach einer Infektion hingegen nur drei Monate. „Diese Entscheidung sieht nach einer politischen aus“, so Streeck. Ein von FOCUS befragter, hochrangiger Ex-Mitarbeiter des RKI bestätigt, der politische Druck sei „teilweise unerträglich“ gewesen. Der Person zufolge ging es der unabhängigen Ständigen Impfkommission (Stiko) unter ihrem damaligen Vorsitzenden Thomas Mertens

kaum besser. „Das Ministerium“ habe das Gremium bedrängt, eine Impfeempfehlung für Kinder auszusprechen. Zurzeit gibt es keine Empfehlung für unter 18-Jährige. Mittlerweile hat Bundesminister Karl Lauterbach (SPD) nahezu alle Stiko-Mitglieder neu berufen. Erste Entscheidungen zeugen aber nicht von einem grundlegenden Wandel der Positionen.